

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Hoffe, Haaftenstein & Bogler, G. L. Daube, J. Waldbauer, Berlin, Bernh. Arndt, M. Gerkmann, Eberhard B. Thienens, Greifswald G. Jülich, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Seiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geir. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Aus dem Reiche.

Zum Besuche des Heberichswennungs- gebietes durch den Kaiser wird aus Warmbrunn mitgeteilt, daß der Kaiser mit dem Hofzuge bis Warmbrunn fahren wird. Hier erwarten ihn Prinz Heinrich XXVIII. aus Stonsdorf und die Spitzen der Wehrbuden. Mit diesen fährt der Kaiser, der einen Wagen des Prinzen Neuf benutzt, nach Gernsdorf, Petersdorf, Giersdorf zc. bis Schmiedeburg und von dort nach Hirschberg zurück, wohin unterdessen der Hofzug geleitet wird. In allen Orten, die berührt werden sollen, trifft man bereits Vorbereitungen zum Empfange des Kaisers. — Im Auftrage des Kaisers wird für den Generalmajor von Bülow, der, wie gemeldet, durch einen Sturz mit dem Pferde seinen Tod fand, folgender Nachruf veröffentlicht: „In vergangener Nacht verstarb zu Darmstadt in Folge eines schweren Sturzes mit dem Pferde auf der Jagd der königliche Generalmajor und Kommandeur der 21. Kavalleriebrigade, Herr Adolf von Bülow. Hingelassen hinterließ er eine Frau, die er bewachte ein Mann, dessen felsenfester Charakter, dessen Treue, dessen Befähigung ihn das rühmlichste Vertrauen vom Obersten Kriegsherrn bis zum jüngsten Untergebenen erworben hatten. — Seine Begabung, sein rastloser Fleiß, seine glühende Passion für seinen Beruf machten ihn zu einem General, auf welchen für die schwersten Aufgaben zu zählen war. — Lange Jahre persönlicher Adjutant des Sr. Majestät vor Antritt der Regierung betrauten Altherrenhaftigkeit in dem Entschlusse einen wahren Freund, welchem sein Kaiser und König über das Grab hinaus ein bleibendes und dankbares Gedächtnis bewahren wird.“ — Der Reichstagsabgeordnete Niebisch hat die ihm wegen Majestätsbeleidigung zuerkannte viermonatliche Gefängnisstrafe nunmehr in der Strafanstalt in Plöben angetreten. — Heute verstarb in Leipzig, wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, der ordentliche Honorar-Professor der Agrarökonomie an der hiesigen Universität, Direktor des landwirtschaftlich-physiologischen und agrarökonomischen Instituts, Dr. Fr. Stobmann. — Vom Kultusministerium wird sämtlichen Oberpräsidenten mit Bezug auf die Hundesteuer vom 25. Februar und 4. April 1895 mitgeteilt, daß sich die Farbwerke vorm. Meister, Lucius und Brüning zu Höchst a. M., die Chemische Fabrik auf Aktien (vorm. C. Schering) zu Berlin und die Fabrik chemischer Präparate von Stammer, Noack u. Co. zu Hamburg bereit erklärt haben, die vereinbarte Preisermäßigung für diejenigen Präparate des Diphtherieserums, welche aus Staats- oder Gemeindemitteln, sowie von Krankenkassen im Sinne des Krankenkassengesetzes oder von Vereinen bezogen werden, die der öffentlichen Armenpflege dienen, nicht nur den amtlichen Vergütungen, sondern auch ihren direkten Aufwänden zu gewähren, wenn diese die amtlich beglaubigten Belege einreichen. — Die Kaufmannschaft in Landsberg a. W. hat gegen Zahlung einer Konventionalstrafe beschlossen, nichts mehr auf der vom landwirtschaftlichen Verein eingerichteten Getreidebörse zu kaufen, wenn nicht zwei Kaufleute in den Vorstand hineinkommen, die bereits vom Magistrat gewählt worden ist. — Die Ersatzwahl für das Abgeordnetenhaus für den Wahlbezirk Stadt- und Landkreis Landsberg, sowie Kreis Emdin findet am 29. November statt. — Eine sozialdemokratische Wählerversammlung in Nürnberg stellte als Kandidaten für die Reichstagswahl an Stelle des verstorbenen Abg. Gull-berger den Buchdruckereibesitzer und Verleger der „Franken- und Bayerischen Volkszeitung“, Dr. Gull-berger. — Eine national-liberale Versammlung in Gagen stellte als Reichstagskandidat Dr. Weumer, als Landtagskandidaten Dr. Weumer und Gull-berger. — Der konservative Wahlverein für das Herzogthum Braunschweig stellte als Reichstagskandidat den Grafen von Scharnhorst auf. — Ueber die dem nächsten Landtage zugehende Vorlage betreffend die Fortführung der von Jahren begonnenen Reform der direkten Steuern hatte mit anderen unzureichenden Gründen auch das jüngere der Einführung einer Vermögenssteuer Verbreitung gefunden, wonach Vermögen von mehr als 30 000 Mark mit einer Steuer von 1 bis 5 vom Tausend getroffen werden sollten. Von maßgebender Stelle wird diese Version als eine irige bezeichnet und gewarnt, den zur Zeit umlaufenden Gerüchten über die Grundlagen der von der Regierung geplanten Steuerreform irgend welchen Glauben zu schenken. Nur so viel steht fest, daß nach den Wünschen der Regierung für die nächsten beiden Jahre eine Änderung in Bezug auf die bestehenden direkten Staatsteuern nicht eintreten wird, eine Steuererhöhung also in keiner Weise zu erwarten ist. — In Fülme in Westfalen ist am 29. v. M. der General der Infanterie z. D. Bruno Zehr, v. d. Goltz, 80 Jahre alt, gestorben. Der Verordnete hat dem preussischen Heere von 1834 bis 1880 als aktiver Offizier angehört. Am 5. Februar 1817 zu Wilhelmshagen im Kreise Orlenburg geboren, wurde Bruno Zehr, v. d. Goltz im Kadettenkorps erzogen und trat 1834 als Sekondeleutnant beim Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiment ein. Bei Ausbruch des Krieges 1870/71 war er Generalmajor und Kommandeur einer Infanterie-Brigade. Mit dem 15. und 55. Infanterie-Regiment entfiel er die Schlacht von Colobien. Im Mai 1871 wurde Zehr, v. d. Goltz zum Inspektor der Jäger und Schützen ernannt und mit der Führung der Geschäfte des Kommandeurs des reitenden Feldjägerkorps beauftragt. Im Jahre 1873 wurde Zehr, v. d. Goltz zum Generalleutnant befördert und erhielt das Kommando der 1. Division, das er 1877 mit dem 13. Division verlor. Am 13. März 1880 wurde er in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit Pension zur Verfügung gestellt; am 12. September 1889 wurde er à la suite des 15. Infanterie-Regiments gestellt, dessen Kommandeur er ehedem gewesen war. Unter anderen Ehrenzeichen besaß Zehr, v. d. Goltz das eiserne Kreuz 1. Klasse.

Deutschland.

Berlin, 2. November. Der Kaiser hat bestimmt, daß das Infanterie-Regiment Luitpold von Bayern (magdeburgisches) Nr. 2 den Namenszug seines Chefs fortan auf den Epau- lettes, Achselstücken und Schulterklappen zu

tragen hat, ebenso daß das heftige Jäger- Bataillon Nr. 11 fortan den Namenszug seines Chefs, der Königin von Italien, auf den Epau- lettes, Achselstücken und Schulterklappen tragen soll. — Ferner hat der Kaiser bestimmt, daß bei den Eisenbahninformationen — ausschließlich des zugehörigen Trainpersonals — der für den Frieden etatsmäßige Arbeitszettel auch als Kriegsbeleidigungsfeld statt der Drillschode ein- geführt wird. — Im Abgeordnetenhaus wird eine Regie- rungsvorlage erfolgen, welche eine bedeutende Neubewilligung für die Fortführung des Anstie- lingswerkes in Polen und Westpreußen bewirkt, da die im Jahre 1886 bewilligten 100 Millionen Mark nahezu erschöpft sind. Ueber die günstigen nationalpolitischen Ergebnisse des Anstie- lingswerkes haben wir wiederholt eingehend berichtet. In finanzieller Hinsicht weist eine offizielle Dar- legung, die offenbar auf eine solche Vorlage vorbereiten soll, darauf hin, daß der 100 Millionen-Kredit durchschnittlich 2 1/2 Prozent auf- bringt, seine Verzinsung somit nur um etwa 0,6 Prozent hinter dem Zinssatze zurückbleibt, zu welchem der Staat sich sein Geld zu verschaffen in der Lage ist. Zieht man die Bedeutung der Stärkung des Deutschtums durch kräftige deutsche Bauerngemeinden in Betracht, so werde man sich jagen müssen, daß dieses Ziel ein ver- hältnismäßig so geringes finanzielles Opfer wohl wert ist. Die jährliche Belastung der Staatskasse nach völliger Aufwendung des 100 Millionen-Fonds stelle sich auf nur etwa 2 Prozent der Mehreinnahme, welche allein im laufenden Jahre für die Erhöhung der Gehälter der Beamten und Volksschullehrer gemacht wor- den ist. Einer Ergänzung des der Erhöhung na- hen Fonds ständen daher finanzielle Bedenken sicher nicht entgegen. — Wie vor ihrem „Erfolg“ mit dem Börsen- gelege, so wird den Agrariern auch vor dem mit dem Margarinegesetz bereits bange. Sie haben die Bestimmung über die Trennung der Verkaufs- räume von Butter und Margarine durchgelesen, die gar keinen anderen Zweck haben konnte und hatte, als durch Verletzung der Verkäufer die- selben zum Verzicht auf das Festhalten der Margarine zu veranlassen. Die thatsächliche Wirkung ist Erhöhung der Händler und wird vielfach Verzicht auf das Festhalten der Butter sein. Deshalb dringt jetzt das Organ des Bundes der Landwirthe in den Bundesrat, durch Aus- führungsbefristungen — die Verletzung der Händler möglichst zu verringern. Man kann die eigene Verlegenheitskunst nicht hübscher ironisieren. — Auf die gegen die hannoverschen National- liberalen gerichtete Auslassung der „Korr. d. Bund. d. Landw.“ erwidert der „Dann. Kur.“: Die „K. d. B. d. L.“ meint u. a., es sei völlig unverständlich, warum nicht die hannoversche nationalliberale Parteileitung solchen national- liberalen Kandidaturen sollte zustimmen können, bei denen neben dem nationalliberalen Partei- interesse auch das Interesse der Landwirtschaft ausreichend gewahrt wäre. Hätte man weiter nichts verlangt, so würde die hannoversche Partei- leitung ohne Bedenken Ja und Amen haben können. Aber die darnach Formulierungen enthält eben die weitere Forderung, nur solche Kandidaturen aufzustellen, die sich auf das Bundesprogramm verpflichten, die also auf den Antrag ständen, auf den Vimektalismus, neuerdings auch auf die leichsinnige Getreidebörse u. i. m. schwören. Das konnte die hannoversche Parteileitung nicht aus sachlichen und formellen Gründen. Sie konnte es nicht, weil sie jene Forderungen weder für zweckmäßig noch für durchführbar hält, und weil ihr, selbst wenn sie es gewollt hätte, durchaus kein Recht zustünde, den einzelnen Wahlkreisen derartige beschränkende Vorschriften bei der Auswahl ihrer Kandidaten aufzuerlegen. Die „K. d. B. d. L.“ weist auf die Freiheit in wirtschaftlichen Dingen hin, die das national- liberale Programm gewährt. Es wäre aber eine seltsame Illusion, diese Freiheit, wenn die Parteileitung die Kandidaten auf das Bundes- programm verpflichten wollte. — Die „Kreuzzeitg.“ ergeht sich in beweglicher Klage über die Landbauverhältnisse der Baiern gegen die Dürsterei, indem sie ausführt: Preußen soll an Allem schuld haben, was die Leute im Süden plagt und drückt; keinem aber fällt es ein, vor der eigenen Thür zu fegen und sich zu fragen, von wo die Störungen in der Entwicklung des Viehs denn in Wahrheit stammen, Preußen ist es noch nie in den Sinn gekommen, ein dauerliches Viehverbot anzuführen oder der Selbstständigkeit irgend eines anderen Bundesstaates auch nur mit einem Winke zu nahe zu treten, und dabei haben gerade die „Nebelw.“, als Vertreter eines berechtigten Föderalismus, die eigene Negierung stets auf das eifrigste und wärmste unterstützt. Wie wird ihnen das bei den maßgebenden Parteien in demselben Baiern gerathen, auf dessen Widerstand und Vorbehalten aller Art der Ausbau und die Entwicklung so mancher Reichseinrichtung schon geseitert ist. — Zum Schluß einer „St. Adalbert-Zube- feier“ in Gnesen-Polen hat der Erzbischof von Stablowski ein Hirtenschreiben erlassen, in dem er u. a. jagt: „Der hl. Adalbert bewirkte auch vor 9 Jahrhunderten aufs vollkommenste das, wonach wir heute begehren sehen. Wenn drängt sich nämlich nicht unter schmerzlichen Gefühlen die Wahrnehmung auf, wie in der Gegenwart nationaler Egoismus, zum höchsten Gipfel gestiegen, mehr denn je alle Grundgesetze und Hauptregeln von sich löst, mit denen Christus alle Völker zu einer Familie vereinigt hat, deren Haupt Er ist. Während so der heidnische Geist der Absonde- rung sich Bahn zu brechen sucht und ein blinder nationaler Haß die christliche Völkergemeinschaft immer weiter entzweit, sehen wir, wie der hl. Adalbert nicht bloß einem Volke mit einer Liebe anhängt, deren starkes Band selbst das schwerste ihm und seiner Familie zugesetzte Unrecht nicht zu zerreissen vermochte, sondern zu unserer Beschämung sich in unglückliche Beziehungen zu den hervor- ragenden Männern Deutschlands und Italiens tritt. Und zu wie großen Unternehmungen be- geisterte ihn diese Opferthe im Interesse vollends unbekannter Völker! Da er im Vaterland Gutes nicht thun konnte, „transiit benedicens“ zu an- deren Völkern in dem richtigen Verständnis, daß, bei aller Liebe zu seiner Nation, es nicht

erlaubt ist, andere vom Herzen auszuschießen, daß vielmehr Christus mit der Pflicht der Selbst- liebe die der Nächstenliebe unzertrennlich verbun- den hat.“ — Schade, daß Herr von Stablowski nicht die Augenwendung dieser schönen Worte auf die polnische Absonderung von den „Preußen“ und auf den blinden nationalen Haß des Polentums gemacht hat. Die Polen werden seine Worte nur auf die Deutschen beziehen. — Es scheint so, als ob die Vortheile, welche eine Güterbefreiung nach Alexandrien durch die deutsche Legation den deutschen Interessenten bietet, noch nicht genügend bekannt wären. Seitens des österreichischen Vize- konsuls in Alexandrien wird für alle Frachten aus Deutschland eine Befreiung unter dem Namen Exportprämie gewährt. Da die Kommissionäre in der Regel den Transportweg vorschreiben und der Fabrikant meist franko Vord Triest liefert, so verschafft sich lediglich der Kommissionär durch die Befreiung jenes Befreiungsweges eine Exportprämie, während der Fabrikant die ihm durch die Befreiung über Hamburg gebotene billige Fracht in seinem Interesse nicht auszunutzen kann. Daher kommt es, daß seitens der Kom- missionäre häufig mit der angeblich unverhältniß- mäßig langen Transportzeit über Hamburg im Gegenstoß zu Triest operirt wird. Thatsächlich ist dies nicht einmal richtig, unter der Voraus- setzung, daß die Dampferexpeditionen in Hamburg pünktlich erfolgen und der Abfahrer in Deutsch- land mit einer pünktlichen Expedition rechnen kann. Die verschiedensten Beispiele lassen sich dafür anführen, auch stehen Kaufleute in Alexandrien nicht an, die gleichen Auskünfte zu geben. Es muß als Thatsache angesehen werden, daß eine Sendung über Hamburg, voraus- gesetzt, daß dieselbe bis zum Abgange des Dampfers daseibst nicht übermäßig lange zu warten hat, nicht länger unterwegs ist, als über Triest. Der längere Seetransport über Hamburg entspricht lediglich dem längeren Bahntransport bis Triest. Nimmt man nun noch hinzu, daß der deutsche Fabrikant seine Waaren via Hamburg für höchstens dieselbe Fracht nach Alexandrien wie auf dem anderen Wege bis Triest liefern kann, so liegt der Vortheil einer Befreiung über den deutschen Hafen auf der Hand. Die deutsche Flotte wird heute ihrer billigen Fracht- ratten wegen fast nur für Schwerkut benutzt, alle werthvolle Fracht entgeht ihr dagegen. Es kann dies nur daran liegen, daß die durch den billigen deutschen Seetransport über Hamburg gebotenen Chancen nicht genügend bekannt sind. — Gerichte aller Art durchzuvirren gestern die österreichische Hauptstadt, die den Aufsehen erweckten, als sie von Seiten der Krone ein ent- schiedenes Eingreifen zu erwarten, um die be- stehende Verwirrung zu lösen. Besonders Ge- walt wurde auf die gestern erfolgte Ankunft des ungarischen Ministerpräsidenten gelegt und von einem Kronratz gesprochen, der im Laufe des Tages stattfinden sollte. Auch der Minister Va- den's wurde von einigen Seiten für möglich er- klärt, und bereits sein Nachfolger genannt. Indes sind das Alles vorläufig noch unsichere Vermuthungen. Bismarck wurde gestern in Uebereinstimmung mit den letzten Meinungen in allen politischen Kreisen versichert, daß keine Sta- bilitätskrise bestehe. Das Eintreffen Baron von Bismarck's gelte hauptsächlich der Feststellung des weiteren Vorgehens, falls das Ausgleichsproblem durch die Odnung erreicht werden sollte. Für die zweite Lesung der Vorlage be- reitete die Linke bereits ca. 70 Änderungs- anträge vor. Graf Bismarck wurde auch gestern vom Kaiser in längerer Audienz empfangen. Interessant ist, daß Bismarck seinerseits gestern Langer empfing. Vor Beginn der Donnerstags- sitzung fand die Vizepräsidenten des Abgeordneten- hauses, Abrahamowicz und Stramatz, zur Audienz beim Kaiser befohlen. Dem gewählten Präsi- denten des Abgeordnetenhauses, Dr. Kautz, wurde am Sonnabend in Voll ein glänzender Feste- tag dargebracht, an dem sich die Bürgerchaft ohne Unterschied der Parteistellung betheiligte. Eine Glückwunschsdeputation dankte dem Gefesteten für sein Vortreten, eine Verbindung mit den deut- schen Stammesgenossen herbeizuführen. Dr. Kautz dankte herzlich und sagte, er sei nicht gegangen wegen seiner Nerven, diese seien gut, er sei vielmehr gegangen, weil er nicht länger Präsident eines Hauses sein wollte, welches durch die andauernde Politik zur Untüchtigkeit ver- urtheilt sei. So könne es nicht weitergehen. Die Bedingung der Wiederkehr geordneter Zustände liege eine aufrichtige Verhandlung mit den Deutschen. In dieser Verhandlung fühle er sich eins mit seinem Volk, und für eine solche Ver- handlung müsse Jeder, der sein Vaterland liebt, eintreten. — Vogen, 1. November. Ueber den deutschen Volkstag ist noch zu berichten, daß unter denen, die ihre Häuser besaßen, sich auch Klerikale be- fanden. Der bekannte Rangsreiter Vater Abel widmete in der Pfarrkirche dem deutschen Volks- tage hymnopathische Worte. Als Abgeordneter Wolf entwarf, wollten ihn die Studenten vom Wagen die Pferde ausspannen, Wolf entzog sich aber dieser Unternehmung und begab sich zu Fuß in die Stadt. Außer Wolf erschienen die Abg. Weiponer, Bender, Grohl, Wersche, Steinwender, Böhm, Keschmann. Aus der Vorlesung, Bürgermeister Perathoner, jenen Deutschen, welche die eigenen Genossen bekämpften, „Futur“ zurück, stimmten alle in diesen Ruf ein. Perathoner sagte auch, Dipunkt und die katholische Volkspartei bekämen keinen nennenswerten An- hang mehr im Volke. Auch in Tirol beginne es heller zu tagen. Von den anwesenden Klerika- len stimmte keiner gegen die beantragte Ent- scheidung. Abgeordneter Dr. Groß sagte, die Deutschen müßten aufhören, eine Staatspartei sein. Wenn auch die Interessen des Staates und jene des deutschen Volkes zumeist parallel laufen, werden wir doch erst dann dem Staate geben, was des Staates ist, wenn unser nation- ales Recht gesichert ist. Wir erkennen die Re- gelung der Beziehungen Oesterreichs zu Ungarn als Staatsnotwendigkeit an, aber gerade des- halb müssen wir hier mit schärfstem Widerstand einlegen. Man muß einsehen, daß, so lange wir nicht befriedigt sind, die ganze Staatsmaschine aufhört zu funktionieren.“ Groß versicherte dann, es werde nicht gelingen, das Ausgleichsprojek- tum auch nur in halbwegs geordneter Form rechtzeitig abzuschließen. Auch Steinwender

sagte, die erste Lesung werde vielleicht durch- bringen, die zweite keinesfalls. Wolf, mit Gei- stes und Gütegeheimen begrüßt, trat für Einig- keit bei dem angekündigten Kampf bis auf Messer ein. Die Radikalen und die Deutsch- nationalen müßten gegen die Klerikalen und Christlich-Sozialen zusammenhalten. Die Ver- sammlung schloß mit Absingung der „Macht am Rhein“. Beim Festkommers sprach auch ein Vertreter der Egerer Abordnung; über 300 Be- grüßungsansprachen waren zum Volkstage eingelaufen. — Belgien. — Charleroi, 1. November. Das nationale Komitee des Bundes der belgischen Bergleute ist heute zusammengetreten, um sich über die Aus- führung der Resolution des Väterlichen Kongresses auszusprechen, welche für den Anfang des No- vember einen allgemeinen Ausbruch der Kohlen- bergwerksarbeiter proklamirt hatte. Die Ver- sammlung nahm einen Beschlus an, welcher die Bergleute aufforderte, keine Ueber- stunden zu machen, dagegen einen allgemeinen Ausbruch zu verweigern. — Frankreich. — Paris, 31. Oktober. Der „Gaulois“ ver- öffentlicht ein bemerkenswerthes Interview seines Londoner Korrespondenten mit dem Parla- mentarier Labouchere über die Nigerrfrage. Obi- gon Labouchere zur radikalen Opposition gehört, legt er doch volles Vertrauen auf Lord Salisbury, daß er einen ernstlichen Konflikt zwischen Frank- reich und England über den Kolonialbesitz in Westafrika zu vermeiden wissen werde. Die Lage ist nach Labouchere Ansicht durch den Kolonial- minister Chamberlain erwirkt worden, welcher sich um jeden Preis populär machen will, indem er den englischen Besitzstand vergrößert. Aber auch beim besten Willen Lord Salisbury wird die Herstellung eines Grenzvertrages lange Zeit beanspruchend, weil die englische Nigergesellschaft und die Agenten der französischen Regierung mit den gleichen Mühen zahlreiche Verträge ab- geschlossen haben. Labouchere würde der jetzt in Paris tagenden Kommission französischer und englischer Delegirter das Schiedsgericht einer untheilhaftigen Macht, wie z. B. Schweden oder der Schweiz, vorgezogen haben. Im Ganzen genommen, ist Labouchere kein Freund der Aus- dehnung der englischen Besitzungen im Nige- rgebiet, da das Land ungesund sei und die Brauntweideverkäufer fast allein von derartigen Kolonialen Nutzen ziehen. Der englische Politiker gelangte zu folgendem, weder für Frankreich noch für England tröstlichen Schlusse. Sobald die Vorfrage endgültig geregelt sein wird, so werden Frankreich und England sich teilen, Eisenbahnen und Straßen anzulegen, um den Deutschen das Handelsgeheim zu erleichtern, das sie auf Kosten der französischen und englischen Kolonisten be- reichern wird. — Die neue Forderung von 17 Millionen für Madagaskar und das letzte Telegramm des Ge- nerals Gallieni vom Ueberfall eines französischen Postens veranlaßt die Blätter zu pessimistischen Betrachtungen über die hohen Kosten und gerin- gen Ergebnisse der Kolonialpolitik. Im „Soleil“ schreibt Kerschbalt z. B.: „Der Generalgouverneur von Madagaskar befindet sich offenbar vor un- überwindlichen Schwierigkeiten, da er die Auf- gabe hat, mit beschränkten militärischen Kräften ein Land zur Ruhe zu bringen, das größer ist, als Frankreich und fast aller Völkerstämme ent- beert. Man kann zur Stunde den Zeitpunkt noch nicht erkennen, wo eine annähernde Sicher- heit auf der Insel herrschen wird, und daher kann von einer ernsthaften Kolonisierung noch keine Rede sein. Aber selbst wenn die Ordnung hergestellt sein wird, ist es noch nicht sicher, ob Madagaskar die Kolonisten anziehen werde.“ Kerschbalt beruft sich hierbei auf einen Bericht über die landwirtschaftlichen Aussichten, welchen General Gallieni nach seiner Rundreise um die Insel selbst verfaßt, und der im „Anti- soial“ erschienen ist; aber dieser Bericht lautet nicht so ungünstig, wie der Kerschbalt'sche. „Soleil“ glauben nach will. General Gallieni jagt daher allerdings, daß die wirklich fruchtbaren Theile Madagaskars ihrer tropischen Lage wegen von den Europäern nicht eigenhändig angebau- werden können, daß sie aber mit geringer Kapital- anlage gute und billige Arbeitskräfte im Lande finden und mit den meisten Kulturpflanzen reiche Ernten erzielen können. Auch dem „Eri de Paris“ soll die Depeche Gallienis vom Ueber- fall an der Zirkibina der Presse unvollkommen mitgeteilt worden sein. Im Wirklichen ist eine ganze Kompanie Senegalese angetrieben worden und der Posten im Feste der anfrührenden Sklaven gelitten sein. Gallieni habe auch telegraphirt, daß er den Ueberfall als einen Vor- worten einer größeren Bewegung ansehe, die in dem Janatamas der den Islam bekennenden Sokalaven ihren Grund habe. Die Regierungs- blätter versichern dagegen, daß die Lage in Madagaskar nicht so gefährlich sein könne, da General Gallieni weder jetzt noch früher eine Vermehrung der ihm unterstellten Truppen ge- fordert habe. — Der abtretende und der neue General- gouverneur von Algier trafen sich auf dem mittelländischen Meere und ihre Proklamationen gelangten gleichzeitig in die Hände ihrer Unter- geordneten. Jules Cambon nimmt in ziemlich ruhmvoller Weise von Algier Abschied. Er hebt alle seine Verdienste derart hervor, daß seine Abberufung den Schein einer großen Ungerech- tigkeit erwecken mag. Der „Figaro“ findet dieses Vorgehen äußerst taktlos, da Jules Cambon als Botschafter in Washington im Staatsdienste bleibt. Dies sei ein neuer Beweis, daß die französischen Beamten nicht streng genug im Zügel gehalten werden. Repine betont in seiner Antrittsproklamation namentlich, daß er über den Parteien in Algier stehen und allen Klassen der Bevölkerung gerecht zu werden suchen wolle. Man kann aus seinen Worten den Tadel herauslesen, daß sich Cambon von den Radikalen Algiers zu sehr ins Schlepptau nehmen ließ. — Italien. — Rom, 30. Oktober. Die „Voce della verità“ erklärt die von einem römischen Blatte veröffent- lichte Note, welche Kardinal Rampolla angeblich auf die Kardinäle wegen der Anberufung des Mi- nisterpräsidenten di Rudini betreffend die katho- lischen Vereinigungen und Versammlungen ge- richtet haben soll, für apokryph.

Spanien und Portugal.

Der Gouverneurwechsel auf Kuba hat sich ohne die befürchteten Zwischenfälle vollzogen. General Weyler hat allerdings nicht ganz ohne Demonstrationen abtreten können und weniger bei dieser Gelegenheit stillschweigen können. Aber er hat sich im Großen und Ganzen noch besser be- nommen, als man in Spanien gefürchtet, und hat es sogar an der Einhaltung der formellen Höflichkeit gegen seinen Nachfolger nicht fehlen lassen. Weyler hat vor seiner Abreise nach Spanien dem Marischall einen Besuch abgestattet und ihm in aller Form die Regierungsgewalt übergeben. Blanco ist denn auch sofort in Thätigkeit getreten und hat an die Kanaban eine Proklamation gerichtet, in der es heißt, die Re- gierung habe, von gutem Willen und besten Hoff- nungen erfüllt, ihn beauftragt, Reformen vor- zunehmen und eine Selbstregierung einzuführen unter Aufrechterhaltung der Souveränität Spaniens. Er, Blanco, werde der Dolmetscher der Regierung sein, indem er eine Politik weitgehen- der Mäßigkeit und des Vergebens befolgen werde. Er hoffe auf die Unterstützung aller Bürger; er werde alle diejenigen schützen, welche dem Geseke gehorchen, aber die volle Strenge der Waffengewalt die Unantbaren und Wider- spenstigen fühlen lassen, die die Schrecken des Krieges noch zu verlängern suchen wollten. Mar- schall Blanco richtete ebenso eine Proklamation an die Truppen. Bei seiner Abreise, wobei die Truppen Spalier bildeten, wurden enthußtliche Gehrufe auf Spanien, auf den König und auf das spanische Kuba ausgebracht. Nach seiner Ankunft im Palais empfing Marischall Blanco verschiedene Abordnungen, darunter eine Abor- dnung der Autonomen, welche herbeizog, sie freie sich der Ankunft eines so vortrefflichen Gouverneurs und hoffe, Dank der Autonomie werde die Morgenröthe des Friedens dem Kriege folgen. Marischall Blanco dankte für die patrio- tischen Worte und erklärte, er zählte besonders auf die Unterstützung aller Freunde der Selbst- verwaltung. — Rußland. — Wie aus Warschau gemeldet wird, wurde dort in letzter Zeit eine Reihe neuer Aufstie- rungs-Maßregeln angeordnet, wodurch die Hoff- nungen der ausgleichsfeindlichen Partei sich stark herabminderten. Auch die russischen Jour- nalen schlagen jetzt Polen gegenüber wieder den früheren unerbittlichen Ton an, welcher mit den Friedensschlüssen zur Zeit des Jaren- aufenthaltes in Warschau keineswegs im Ein- klang steht. — Afrika. — ** Die Wüstenbahn nalaufwärts wird von der anglo-egyptischen Subanexpedition mit einer Intensität gefördert, daß der tägliche Fortschritt in Bezug der Schienen über zwei englische Meilen beträgt. Ihre Fertigstellung bis Aba- nated wird die Westküste von Wady Kaifa nach dort, die auf dem Nil 700 Meilen beträgt, auf 230 Meilen verkürzen, und statt der Kameel- züge, die jetzt 8 Tage zu der Reise gebrauchen, wird die Lokomotive nur einer achtstündigen Fahrt bedürfen. Die Bahn, welche bis Berber bezug. Kartum und Omdurman weitergeführt werden und später die Uganabahn treffen soll, ist bestimmt, in einer jetzt freilich noch un- bestimmteren Zeit der vom Kap langsam nord- wärts vorgehobenen Bahn nach den großen Binnenseen die Hand zu reichen und so den großen Plan einer ununterbrochenen Schienen- verbindung von Kapstadt nach Alexandrien zu verwirklichen. — Amerika. — Die „New Yorker Handelsztg.“ bespricht die Zurückweisung der amerikanischen Silbermission nach England und meint, die Erklärung Salis- bury's sei der kräftigste und wichtigste Dieb, den die Silbermissionäre empfangen konnten, und die Frage der Rehabilitation des Silbers sei für Europa, Asien und die Vereinigten Staaten als definitiv abgethan zu betrachten. Ueber das, was jetzt in Amerika selbst zu erwarten sei, führt das Blatt aus: Es bleibt für die Apostel der Zurückgabe- nung des Silbers in die Stellung eines eben- bürigen Währungsmittels jetzt nur übrig, ihre Drohung auszuführen, welche sie seit mehreren Jahren ausgeföhren haben, dem Silber im Wä- rungssystem der Vereinigten Staaten seine ver- lorene Stellung wieder zurückzubekommen, falls die Weltmächte es ablehnen sollten, sich auf eine gemeinsame Maßregel zu Gunsten des Silbers einzulassen. Sie werden den verzweifelten Ver- such wagen, trotzdem die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten bei den letzten National- wahlen dem Bryanismus den Todesstoß gegeben hat. Bei einer nochmaligen sich auf Amerika beschränkende Agitation haben sie keinenfalls etwas zu verlieren, wenn auch die Chancen, etwas dabei zu gewinnen, sehr gering sind. Prä- sident McKinley wird dem Lande unschätzbare Dienste leisten, wenn er im Falle einer Erneue- rung der Agitation inner- und außerhalb des Kongresses nach dem Vorbilde Salisbury's einen scharfsinnigen Ausweg findet, zu dem er vollberechtigt ist, nachdem er die Ueberzeugung gewonnen hat, daß Europa den Plan einer Konfrenz zur künstlichen Aufhebung des Silberverweises verwirft. Der Präsident weiß, daß die Vereinigten Staaten ohne Mitwirkung der Mächte dem Silber nicht helfen können und daß dieses Land dem Ruin entgegengehen würde, wenn es auf eigene Faust in der Angelegenheit handeln würde. Auch Schatzsekretär Wäge genügt das Vertrauen, keine schädliche Politik zu unterstützen, wenn sie eine solche in irgend welcher Form ihm von Außen her dargeboten werden sollte. Es ist zu hoffen, daß mit der Ueberzeugung, welche Wolcott und seine Anhänger in Europa gewonnen haben, die- ser Vorkriegsminister des Silbers nach seiner Nieder- lage in die Heimat weise genug sein wird, das Schwimmen gegen den Strom zu unterlassen. Sollte er aber den Kampf, in welchem er in Europa unterlegen ist, hier fortsetzen, so wird ohne Zweifel die gesunde öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten dem Hirngespinnst den letzten Gnadenstoß geben, den er so reichlich verdient. — Arbeiterbewegung. — ** Der Ausbruch der englischen Maschinen- anarbeiter ist von der gewinnungsverbundenen

Umformungsfrage aller Länder so oft und so emphatisch
 als ein „Krieg“, ja sogar als ein „Bürgerkrieg“
 im unpassendsten Sinne des Wortes charakterisiert
 worden, daß man sich nicht wundern kann, wenn
 auch die frivolste Weise herausgeforderten Arbeit-
 geber schließlich diese Auffassung sich zu eigen
 machen und das à la guerre comme à la guerre
 zur Richtschnur ihres Verhaltens nehmen. Dem
 Kriege geht es nicht immer fein säuberlich bei
 Empfindsamkeit ist da nicht angebracht, und daß
 das Ziel der modernen Kriegsführung darin
 besteht, den Sieger zum unbedingten Herrn der
 Situation zu machen, so wäre es ein großer
 Fehler, wollte diejenige Partei, die im Verlaufe
 des Kampfes bereits einige, wenn auch einstweilen
 noch nicht entscheidende Vorteile über den Gegen-
 erung hat, sich diese durch Einleitung von
 Unterhandlungen, betreffs deren niemand wissen
 kann, ob der andere Theil sie nur behufs Er-
 langung von Zeitgewinn anknüpft, aus der Hand
 gleiten lassen. Die Arbeitgeber scheinen, alle in
 Betracht kommenden Umstände wohl erwogen, sich
 in der günstigeren Lage zu befinden. Sie haben
 eben keine andere Wahl als zu fliehen oder
 unterzugehen, und diese Erkenntnis bereitet ihnen
 Aktion eine Unbeugsamkeit und Konsequenz, die
 von der Gegenpartei ganz erheblich unterschätzt
 ist. Der Arbeitgeberbund hat im Vorhinein
 erklärt, sich auf die Forderung des Achtstundent-
 tages unter keinen Umständen einlassen zu können,
 da ihre Erfüllung nachgewiesenermaßen keinen
 entsprechend größeren Intensität der Arbeitsleistung
 gegenüberstellt, mithin der Industrie nur eine
 Vertteuerung der Produktionskosten erwachsen
 würde, welche das Produkt, angesichts des immer
 schärfer werdenden kontinentalen Wettbewerbs,
 nicht tragen und die ebensoviele von den Arbeit-
 gebern für ihre Rechnung übernommen werden
 kann, wenn sie überhaupt noch wirtschaftlich
 fortbestehen wollen. Sie begreifen daher mit
 Zug und Recht die Forderung des Achtstundent-
 tages nur als einen indirekten Versuch der
 sozialdemokratischen Gewerkschaften, die Arbeit-
 geber zu expropriieren und auf den Ruinen des
 bisherigen Arbeits- und Geschäftsregimes den
 kollektivistischen Zukunftsstaat zu errichten. Sie
 lehnen es deshalb nach wie vor unbedingt ab, in
 Verhandlungen einzutreten, ehe nicht seitens der
 Streikenden klipp und klar auf die Forderung des
 Achtstundentages verzichtet worden sein wird.
 Dieser Standpunkt ist ein durchaus einwand-
 freier, gerade auch nach der Logik der Streikenden
 selber. Jede kriegsführende Partei handelt so,
 wie es ihr gut dünkt. Handelt sie korrekt, so
 kann ihr daraus der Gegner vernünftigerweise
 keinen Vorwurf machen, handelt sie aber inkorrekt,
 dann sollte man von der anderen Seite mit Vor-
 würfen erst recht zurückhaltend sein, denn jeder
 Fehler des einen kriegsführenden Theiles kommt
 dem anderen zu Statten, und wie oft hat man
 nicht aus sozialdemokratischem Munde die Er-
 klärung vernommen können, daß die Partei von
 den Fehlern der Gegner lebe. Den englischen
 Arbeitgebern liegt es übrigens nach ihrer eigenen
 glaubhaften Versicherung völlig fern, „to smash
 the Tradeunions“. Sie wollen nur, daß die
 Trade-Unions innerhalb ihrer legitimen Grenzen
 bleiben und den Arbeitgebern nicht die Begehung
 eines wirtschaftlichen Selbstmordes zumuthen.
 Die Festigkeit, womit seitens der Streikherren
 über die durchaus korrekte Haltung der Arbeit-
 geber hergefallen wird, beweist für den Kenner
 nur, daß man sich im Unrecht fühlt und den
 Zugrinn ob des rasch heranabenden unvermeid-
 lichen Streikzusammenbruchs im Voraus ex-
 konspirirt.